Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Volme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. s. w.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver. Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 6 | — Erscheint wöchentlich 5 mal. — Bezugspreis: monatl. 450.— Mk. ohne Bestellgeld. | Halver Dienstag, den 9. Januar 1923. | Anzeigenpreis für 1 mm Höhe und 38 mm Breite 10.— Mk., im Reklameteil 1 mm Höhe u. 90 mm Breite 40.— Mk., Offerten-Besorgung 0.— Mk. | 23. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Reparationskommission wird am Montag Vertreter der deutschen Regierung in der Frage der deutschen Kohlenlieferungen hören.

* Nach Pariser Meldungen will Poincaré nicht den 15. Januar abwarten, sondern sofort nach der Feststellung einer deutschen „Verfehlung" ins Ruhrgebiet einrücken.

* Präsident Harding beabsichtigt, gegen die Durchführung der Gewaltpläne Poincarés Protest einzulegen und wenn nötig als Vermittler aufzutreten.

* Am 15. Januar wird ein großer Teil der Postgebühren auf das Doppelte erhöht.

* In Sofia ereignete sich ein schweres Explosionsunglück, bei dem zwanzig Personen getötet wurden.

Poincarés „Prinzip".

Von besonderer politischer Seite wird uns geschrieben: Nichts ist widerlicher, als wenn nackte brutale Gewalt sich mit dem Mäntelchen scheinbaren Rechts umkleidet, Frankreich tat es immer, seit es in 600 Jahre langem Bemühen zum Rhein drängte.

Moltke schrieb einmal 1840, als die Franzosen wieder einmal nach der Rheingrenze schrien und Beckers stolzes, jetzt vergessenes Lied: „Sie sollen ihn nicht haben, den freien deutschen Rhein" entstanden war:

„Unter wieviel falschen Vorwänden, für welche ganz entgegengesetzten Prinzipe waren die Franzosen nicht schon zu uns gekommen, um uns unter der Decke von Hilfeleistungen zu berauben! Burgund entrissen sie uns im Namen des Papstes, die lothringischen Bistümer und das Elsaß im Namen der Reformation, als Beschützer der Lutheraner Straßburg, und Holland griffen sie an im Namen der absoluten Monarchie und endlich die Niederlande und das ganze linke Rheinufer vereinigten oder verbündeten sie wenigstens aufs engste mit Frankreich im Namen der Freiheit und des republikanischen Prinzips; viermal wechselten sie das Prinzip, aber mit jedem einzelnen stahlen sie uns ein Land."

Als fünftes französisches „Prinzip", das der Deutsche mit seiner „plumpen Sprache" Vorwand nannte, kommt dann die Verbreitung der Zivilisation und des Rechts mit Hilfe farbiger Bataillone hinzu. Und für die Besetzung des Ruhrgebietes wird sich schon bei einigem Nachdenken irgend ein sechstes, ebenso wunderschönes „Prinzip" finden lassen.

„Wehe Deutschland, wenn es die Waffen fünf Minuten zu früh an die Wand stellt," schrieb im Oktober 1918 der „Vorwärts". Wir müssen jetzt durch das Tal der Tränen hindurch. Das Entscheidende ist aber, daß wir Deutschen alle geschlossen hindurch gehen. Jetzt nur keine inneren Krisen! Die Berliner Börse, ein Kaffeeklatsch en gros, verbreitete neulich das Gerücht, das Ministerium Cuno wolle zurücktreten, weil es in Paris keinen Erfolg erzielt habe. Das wäre verhängnisvoll, in Deutschlands schwerster Stunde auch noch den Führer zu verlieren. Wir wollen und sollen jetzt alle formal-parlamentarischen Prinzipien und Lehrsätze zu Hause lassen, wenn in den nächsten Wochen nur die Gewalt regiert.

Einiges von dem, was Poincaré will, ist in die Öffentlichkeit gedrungen und zwei Ziele scheinen dabei die wichtigsten zu sein: Kontrolle der Produktion im Kohlenrevier und seine Absperrung nach dem Osten. Dem Kohlensyndikat, das sein Kontor jetzt in Essen hat, sollen Franzosen beigegeben werden — was wohl zur Folge haben wird, daß die gesamte Arbeit des Kontors stille steht. Denn es ist kaum anzunehmen, daß sich das Syndikat den Franzosen zur Verfügung stellen wird. Ebensowenig hat die Reichsregierung ein Interesse daran, den Abtransport durch Wagengestellung zu ermöglichen, so daß zwar die Kohlenförderung nicht gedrosselt zu werden braucht; die Kohlen auf die Halden zu schütten, ist aber nur für eine beschränkte Zeit möglich, da Raummangel und Brandgefahr eintritt. Ebenso wird vermutlich der Sicherheitsdienst der Grubenbeamten eingestellt werden, der durch französische Bergleute nicht ersetzt werden kann. Wir haben zweifellos für eine gewisse Zeit die Möglichkeit, unsere Industrie mit Hilfe englischer Importkohle und der oberschlesischen Produktion wenigstens notdürftig in Gang zu halten, sind aber natürlich nicht in der Lage, dem kohlenhungrigen Italien die dort so außerordentlich notwendigen Mengen zu senden. Ebenso wird die Schweiz und Holland fürs erste auf deutsche Kohlen verzichten müssen.

Das sind nur einige Andeutungen dafür, welche weltwirtschaftlichen Kreise der französische Steinwurf ins Ruhrrevier hervorbringen muß, ist der Beweis, daß uns doch nicht alle Waffen zu einer passiven Resistenz fehlen. Wieder gilt das Wort, daß Durchhalten nur Sache der Nerven ist. Wir haben unendlich viel hingegeben, um zu verhindern, daß der Franzose bis zur Ruhr vormarschiert; es hat alles nichts genutzt. Durchhalten, weil diesmal die Zeit für uns arbeitet. Denn jetzt scheint ein Eingreifen Amerikas doch bevorzustehen, das aber nicht sofort wirksam werden kann. Dazu bedarf weder Amerika noch England Kriegsschiffe oder Flugzeuge, brauchen beide Länder nur wirtschaftliche Maßnahmen zu ergreifen, brauchen nur den französischen Frank zu „werfen".

Unser Schicksal ist's, ob die Politik von der Wirtschaft besiegt wird.

*

Der Frank stürzt.

„Die Folgen der französischen Katastrophenpolitik zeigen sich am deutlichsten und schnellsten in Paris selbst. Dollars und englische Pfunde sind an der Pariser Börse erheblich gestiegen, während der Frank stark gefallen ist. Das „Echo de Paris" bemerkt dazu: „In dieser Tatsache zeigt sich das Mißtrauen der internationalen Spekulation gegen das isolierte Vorgehen Frankreichs in der Reparationsfrage." Das Blatt hat recht, aber die französische Regierung zieht leider nicht die Konsequenzen daraus, sondern rüstet weiter, denn die Kreise, die „an den Rhein" rufen, haben dort immer noch eine lautere Stimme als die, welche deutsche Zahlungen auf vernünftigem Wege herbeiführen möchten.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Der Zusammentritt des Reichstages.

Reichstagspräsident Löbe wird die nächste Sitzung des Reichstages auf Dienstag, den 16. Januar, nachmittags 2 oder 3 Uhr, berufen. An diesem Tage wird der Reichstag sich voraussichtlich mit den neuen Finanzkrediten aus Anlaß der Besoldungserhöhungen für Dezember und mit dem Gesetzentwurf über Änderungen in der Wirksamkeit der Tarifschiedsgerichte usw. befassen. Die Besprechung der außenpolitischen Lage ist erst für den zweiten Sitzungstag zu erwarten. Mit diesen wird sich zunächst der Auswärtige Ausschuß des Reichstages beschäftigen, der auf Mittwoch, den 10. Januar, berufen ist. Dort wird der Reichskanzler die Politik darlegen, die zuletzt von der Reichsregierung in der Reparationsfrage getrieben worden ist.

Gegen den Alkoholmißbrauch im Rheinland.

Im Rheinland macht sich zurzeit eine Bewegung gegen den Alkoholmißbrauch bemerkbar, um deren Förderung der Düsseldorfer Regierungspräsident Grützner bemüht ist. Er hat die Polizei seines Bezirks angewiesen, mit aller Schärfe gegen den Alkoholmißbrauch vorzugehen, wobei Belohnungen für die Aufdeckung schwerer Verfehlungen ausgeschrieben werden sollen. Besonderen Erfolg verspricht sich der Regierungspräsident von der Aufklärungsarbeit, die in Schulen, vor den Betriebsräten und in zahlreichen öffentlichen Vorträgen ausgeübt werden soll. Zur Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs sind dem Regierungspräsidenten von privater Seite erhebliche Mittel überwiesen worden. In Koblenz hat dagegen eine Protestversammlung gegen die Abstinenzler stattgefunden.

Der Reichsjustizminister und die Laienrichter.

Bei seiner Anwesenheit in München erklärte der Justizminister Dr. Heinze, daß unbeschadet der bedeutungsvollen Zuziehung des Laienelements das Rückgrat der Rechtsprechung das beamtete und wissenschaftlich ausgebildete Richtertum bleiben müsse. Auch aus pekuniären Gründen verbiete sich ein Überwiegen des Laientums, das natürlich nicht so viel leisten könne wie Berufsrichter. Im übrigen habe er in München den sicheren Eindruck gewonnen, daß Bayerns Regierung und Justizministerium nichts anderes wollen, als die Erhaltung der durch die Reichsverfassung Bayern zuerkannten eigenen Rechtspflege im Rahmen des Reichsrechts.

Französische Flieger über Deutschland.

Im besetzten Gebiet macht sich im Zusammenhang mit der französischen Marschbereitschaft eine rege Tätigkeit der Militärflieger bemerkbar. Um der drohenden Besetzung einen kriegerischen Anstrich zu geben, werden ferner „Aufklärungsflüge" in das unbesetzte Deutschland unternommen. In einer der letzten Nächte kreuzten französische Militärflieger längere Zeit über Mannheim. Das bedeutet sowohl eine Verletzung des Friedensvertrages wie der deutschen Souveränität. Es ist anzunehmen, daß dagegen von deutscher Seite Protest eingelegt wird.

Tschecho-Slowakei.

× **Aufruf gegen den politischen Mord.** Die Regierung hat anläßlich des Attentats auf Dr. Raschin einen Aufruf erlassen, in dem sie ihren tiefsten Schmerz über das Verbrechen zum Ausdruck bringt, das inmitten einer Nation begangen worden ist, welche ihren großen staatlichen Umsturz ohne Blutvergießen durchgeführt hat. Der Aufruf gibt der Erwartung Ausdruck, daß die Öffentlichkeit mit vollem Verständnis die entschiedenen Maßregeln aufnehmen wird, welche die Regierung „gegen alles das ergriffen hat, was die mörderische Waffe in die Hand drückt". Im Ministerrat wurde betont, daß die Regierung einmütig auf den bisherigen Richtlinien ihrer Finanz- und Valutapolitik beharrt.

Ungarn

× **Die Reparationsfrage** ist auch in Ungarn ein Gegenstand ständiger Sorgen und Beratungen. In einer Besprechung der Regierung mit den Parteiführern erklärten sämtliche politischen Faktoren ohne Unterschied der Partei, daß keine, wie immer geartete Einmengung fremder Faktoren in streng ungarische Angelegenheiten geduldet werden könne. In politischen Kreisen wird erklärt, die Regierung werde auch in der Wiedergutmachungsfrage eine „äußerst energische Haltung einnehmen" und die Forderungen der Entente, die im großen und ganzen hier schon bekannt sind, unter keinen Umständen annehmen.

Ägypten.

× **Ägyptischer Einspruch in Lausanne.** Die Konferenz macht keine rechten Fortschritte. Man strebt daher, die Tätigkeit der Unterausschüsse möglichst zu beschleunigen, damit die Hauptausschüsse in der nächsten Woche zusammentreten und die bisher erzielten Ergebnisse prüfen könnten. Die ägyptische Vertretung protestierte in einer Note an das Präsidium der Konferenz gegen die Verletzung der Neutralität des Suezkanals infolge der Anwesenheit englischer Truppen in Ägypten. Da die Türkei keine Hoheitsrechte mehr beanspruche, müsse Ägypten die Erbschaft der türkischen Rechte an dem Suezkanal antreten.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der Direktor des Instituts für Schiffs- und Tropenkrankheiten, Obermedizinalrat Prof. Dr. Nocht ist als Mitglied des Gesundheitsausschusses des Völkerbundes berufen worden. Er ist bereits nach Genf abgereist.

Halle. Der Polizeipräsident hat die Kundgebung, die die bürgerlichen Parteien an dem durch ein Dynamitattentat beschädigten Kaiser-Wilhelm-Denkmal geplant hatten, verboten, ebenso die von den Linksparteien geplanten Gegenkundgebungen.

Breslau. Wie die Woiwodschaftsbehörde amtlich mitteilt, hat der zum schlesischen Woiwoden ernannte bisherige Woiwode von Posen, Dr. Zygmunt Celichowski, auf sein ihm zugedachtes Amt als Woiwode von Oberschlesien verzichtet.

Kassel. Der Provinzialausschuß hat mit sieben gegen sechs Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen der Wahl des ehemaligen preußischen Kultusministers Konrad Haenisch zum Regierungspräsidenten von Wiesbaden zugestimmt.

Köln. Die Stadtverordnetenversammlung beschloß, um die Genehmigung der Aufnahme einer Anleihe von drei Milliarden Mark nachzusuchen. Diese soll zur Ausführung von Hafen- und Industrieanlagen sowie von Bahn-, Kanal-, Ausstellungs- und Messebauten, ferner für die Erweiterung der Elektrizitätswerke dienen.

Malta. Das englische Kriegsschiff „Ajax" mit dem vormaligen Sultan an Bord, der sich nach Mekka begibt, ist von Malta abgegangen. Man glaubt, daß der Exsultan auf den Dampfer „Clematis" umsteigen werde, sobald er im Suezkanal angekommen ist.

Das Programm Hardings.

Protest gegen Gewaltmaßnahmen.

Die amerikanische Regierung hat eingehend über die europäische Lage verhandelt. Es wird in Washington in amtlichen Kreisen mitgeteilt, daß das amerikanische Programm ungefähr das folgende sei:

1. Staatssekretär Hughes wird in offiziösen Verhandlungen sondieren, um zu sehen, ob die Mächte einer internationalen Sachverständigenkonferenz geneigt sind, an der die Vereinigten Staaten teilnehmen würden, um einen praktischen Reparationsplan zu empfehlen, 2. wird eine Anfrage an die interessierten Mächte gerichtet werden, ob sie einem Aufschub der politischen Entschließungen in der Reparationsfrage bis zur Sachverständigenkonferenz zustimmen. 3. Wenn dieser Plan nicht angenommen wird, wird Amerika der Welt sagen, wer der Verantwortliche sei. Am Vorabend der Besetzung der Ruhr durch Frankreich wird Amerika sehr ernsthaft protestieren und Maßnahmen ergreifen.

Auch aus anderen Quellen vernimmt man, daß Amerika zu ernstem Eingreifen entschlossen ist, wenn Poincaré in Europa gewaltsam ein Chaos schaffen will. Nur ist Zeit und Art der amerikanischen Schritte noch unbestimmt.

*

Deutschland wird gehört.

Am Montag nachmittag wird die Reparationskommission im Einklang mit den Vertragsbestimmungen der deutschen Regierung Gelegenheit geben, von der Kommission über die angeblichen deutschen Verfehlungen bei den Kohlenlieferungen für 1922 gehört zu werden. Die Entscheidung werde demnach wahrscheinlich vor Mitte nächster Woche fallen. In Paris glaubt man, daß Poincaré keinen großen Streich vollführen, sondern nur schrittweise vorgehen werde. Es verlaute, daß er zunächst Pfänder auf dem linken Rheinufer in Besitz nehmen und etwas später nach dem Ruhrgebiet gehen werde. Die als „Sanktionen" bezeichnete Operation soll sofort nach der Feststellung der „Nichterfüllung" erfolgen. Das Datum des 15. Januars hat nach amtlicher französischer Auffassung keine Bedeutung mehr, da das Moratorium am 31. Dezember abgelaufen ist und die geplante Aktion nur durch die „Nichterfüllung" begründet werden soll.

Abwehrfront.

(Von unserem ständigen Mitarbeiter.)

Berlin, 6. Januar.

Die deutschen Vorschläge, die für die Pariser Konferenz hergestellt wurden, liegen immer noch im Pult des Reichskanzlers und werden bis auf weiteres dort bleiben, da das Ausland sie zu hören verschmähte. Die Politik aber, die im Zusammenhang mit diesem Programm von der Reichsregierung verfolgt wurde, wird klar und zielsicher fortgesetzt werden, und wenn die Franzosen demnächst tatsächlich zu einer neuen Gewalttat und zur Beschlagnahme „produktiver Pfänder" schreiten sollten, werden sie nie und nimmer die ausgesprochene oder stillschweigende Zustimmung des Kabinetts Cuno finden. Vielmehr kann man nach allem, was aus den Kreisen der Parteiführer in Berlin zu hören ist, bestimmt damit rechnen, daß die Parteien sich in dieser nationalen Frage in geschlossener Front hinter den Reichskanzler stellen werden. Das gilt auch von den Sozialdemokraten, die bekanntlich der Regierung nicht angehören und in den letzten Tagen mancherlei an der Politik des Kabinetts auszusetzen hatten. Wenn jetzt von irgendeiner Seite abweichende Meinungen gegenüber der Regierungspolitik vertreten werden sollten, so erwartet man das in erster Linie vom früheren Reichskanzler Dr. Wirth. Das entspricht den parlamentarischen Gepflogenheiten und hätte keineswegs zu bedeuten, daß damit das Zentrum in die Opposition treten würde.

Man wird sich darauf gefaßt machen müssen, daß von Frankreich ein Ultimatum oder ein Kompromißvorschlag überreicht wird. Man erwartet auch für einen solchen Fall, daß die Parteien hinter der Regierung stehen. Sollte das wider Erwarten nicht eintreten, dann dürfte das für die Regierung schwerlich einen Grund zum Rücktritt abgeben, vielmehr ist dann damit zu rechnen, daß Präsident und Kabinett vom Parlament an das Volk appellieren würden, d. h. den Reichstag auflösen und eine Volksabstimmung ausschreiben. Diese Eventualität ist jedoch höchst unwahrscheinlich.

Veto.

Lloyd George gegen Frankreichs Rüstung.

„Nichts gelernt!"

Paris, im Januar.

Der soeben erschienene neue Artikel Lloyd Georges im „Journal" richtet sich gegen die Rüstungen, die auf dem Nacken Europas lasten. Die Militärlasten seien das wesent-

nächste Hindernis für die wirtschaftliche Erholung. Deutschlands frühere Armee sei verschwunden, aber Europa habe aus diesem Kriege nichts gelernt. Heute gebe es in dem Europa der Sieger mehr Männer unter den Waffen als 1913 oder 1914. Besonders Frankreich unterhalte ein furchtbares Heer, dessen Zweck nicht zu erkennen sei. Nicht ein einziger Nachbar Frankreichs könne die Sicherheit dieses Landes bedrohen. Die deutsche Armee komme nicht in Betracht, das von Frankreich angetriebene Rumänien mit seiner Bevölkerung von 15 Millionen habe ein doppelt so großes Heer wie Deutschland mit seinem Sechzigmillionenvolk. Um das militärisch niedergeworfene Deutschland in Schach zu halten, brauche man keine 700 000 Mann. Europa sei durch den Krieg stark erschüttert worden. Es fürchte den Militarismus und sei dabei in Angst vor neuen Kriegen. Frankreich, auch jetzt noch das reichste Land, werde sich selbst durch die übermäßigen Ausgaben für seine militärischen Zwecke zugrunde richten. „Der alte Kontinent werfe mit vollen Händen das Brot vor die Hunde, das seine Kinder nähren könnte. Eines Tages werden die Hunde so wild und stark geworden sein, daß sie die Kinder Europas zerfleischen."

Abermalige Erhöhung der Postgebühren.

Ab 15. Januar.

Der Reichstagsausschuß für Postangelegenheiten beschäftigte sich mit den neuen Gebührenerhöhungen bei der Reichspost- und Telegraphenverwaltung, die am 15. Januar in Kraft treten sollen. Im allgemeinen wurde von der Reichspostverwaltung eine Verdoppelung der vom 15. Dezember 1922 an gültigen Gebühren verlangt. Die neuen Portosätze sollen sich wie folgt stellen:

Der Brief im Ortsverkehr bis 20 Gramm 20 Mark, über 20 Gramm bis 100 Gramm 30 Mark, über 100 bis 250 Gramm 50 Mark; im Fernverkehr bis 20 Gramm 50 Mark, über 20 bis 100 Gramm 70 Mark, über 100 bis 250 Gramm 90 Mark.

Die Postkarte im Ortsverkehr 10 Mark, im Fernverkehr 25 Mark.

Drucksachen bis 25 Gramm 10 Mark, über 25 bis 50 Gramm 20 Mark, über 50 bis 100 Gramm 30 Mark, über 100 bis 250 Gramm 50 Mark, über 250 bis 500 Gramm 70 Mark, über 500 Gramm bis 1 Kilogramm 90 Mark, über 1 bis 2 Kilo 180 Mark.

Paketverkehr. Hier ist der seit dem 15. November 1922 bestehende Tarifaufbau, wonach die Gebühr für die über fünf Kilogramm schweren Pakete von Kilogramm zu Kilogramm gestaffelt wird, beibehalten worden. Dagegen zeigt der neue Pakettarif insofern eine wichtige Neuerung, als eine Vorstufe für Pakete bis zum Gewicht von drei Kilogramm mit einem entsprechenden niedrigen Gebührensatz vorgesehen ist. Diese Änderung entspricht wiederholt geäußerten Wünschen aus Geschäfts- und Handelskreisen, die eine Verbilligung des Paketversandes für kleine oder leichte Waren für dringend erforderlich halten.

Angenommen wurde in der Besprechung eine Entschließung, wonach die Reichspostverwaltung der Frage nähertreten soll, die unterste Gewichtsstufe für Briefe bis zu 25 Gramm anstatt nur bis 20 Gramm zu bestimmen. Im übrigen wurden die von der Reichspostverwaltung vorgeschlagenen Portoerhöhungen vom Ausschuß genehmigt. Der Reichsrat stimmte der unveränderten Regierungsvorlage zu.

Die Arbeitszeit der Staatsbetriebe.

Entwürfe im Verkehrs- und Postministerium.

Ebenso wie im Verkehrsministerium befindet sich nun auch im Reichs-Postministerium ein Gesetzentwurf in Vorbereitung, der die Arbeitszeit des Personals der Reichspost- und Telegraphenverwaltung neu regelt. Ausgehend von dem Achtstundentag, der als normaler Arbeitstag weiter anerkannt ist, soll der Entwurf eine

bessere Ausnutzung des achtstündigen Arbeitstages

durch eine besondere Wertung der viel umstrittenen Begriffe, „Dienst", „Dienstbereitschaft" usw. vorsehen. Im Gegensatz zu den Dienstdauervorschriften des Reichsverkehrsministers, die für das gesamte Personal der Reichsbahn Geltung haben, beschränkt sich der Entwurf des Reichspostministeriums auf die Arbeiter und Angestellten der Reichspost. Das Reichspostministerium hält es aus beamtenpolitischen Gründen für unmöglich, die Arbeitszeit der Beamten, Angestellten und Arbeiter in einem einzigen Gesetz zu regeln. Die allgemeinen Verhandlungen des Verkehrsministeriums mit den Gewerkschaften sind abgeschlossen worden. Der Minister wird im Benehmen mit dem Beamtenrat und dem Hauptbetriebsrat einen Erlaß in der Angelegenheit herausgeben. Anzunehmen ist aber, daß sich eine gemeinsame Basis mit den Gewerkschaften hat finden lassen.

Lokales und Provinzielles.

Halver, 9. Januar 1923.

□ **Frauen im höheren Justizdienst.** Durch eine Verfügung des preußischen Justizministers vom Jahre 1921 war angeordnet worden, daß auch weibliche Personen die beiden juristischen Prüfungen ablegen können. Es blieb ihnen aber noch versagt, die Dienstgeschäfte eines Richters oder Staatsanwalts wahrzunehmen oder einen Rechtsanwalt vor Gericht zu vertreten. Nunmehr ist ihnen durch eine neue Verfügung des preußischen Justizministers auch dieser Wirkungskreis erschlossen worden. Der hierdurch geschaffene Rechtszustand entspricht einem Reichsgesetz vom Juli des vergangenen Jahres, wodurch die Fähigkeit zum Richteramt auch von Frauen erworben werden kann.

□ **Ausländer auf der Eisenbahn.** Die Klagen über Bevorzugung der Ausländer vor den deutschen Reisenden in den Eisenbahnzügen haben in letzter Zeit zugenommen. Der Reichsverkehrsminister wendet sich jetzt in einer Verfügung gegen die Mißstände und weist darauf hin, daß gegen die Belegung mehrerer Plätze durch eine Person auch bei Lösung der entsprechenden Zahl von Fahrkarten einzuschreiten und die nach dem Personen- und Gepäcktarif zulässige Belegung ganzer Abteile durch einzelne Reisende vorläufig bis auf die Fälle, wo besondere Weisung dazu ergeht, auszusetzen ist. „Den Ausländern wird auch im übrigen vom Zugpersonal," so heißt es weiter in der Verfügung, „vielfach größere Aufmerksamkeit bei der Anweisung von Plätzen und größeres Entgegenkommen bei Handreichungen, z. B. bei Unterbringung von Gepäckstücken, gezeigt als den Inländern, offenbar in der Erwartung, daß dafür reichliche Trinkgelder gegeben werden. Das trifft besonders auch für die Schlafwagen zu. Die Annahme von Trinkgeldern ist an sich unzulässig, sie ist auch dem Ansehen der gesamten Beamtenschaft in hohem Grade abträglich. Bedienstete, die sich aber gar durch Trinkgelder bewegen lassen, Unterschiede in der Fürsorge für die Reisenden eintreten zu lassen und deutsche Reisende gegenüber zahlkräftigen Ausländern zurückzusetzen, handeln würdelos und pflichtwidrig. Gegen ein solches Verhalten muß mit aller Schärfe eingeschritten werden." Der Reichsverkehrsminister droht, daß die unzulässige Bevorzugung von Ausländern außer einer Bestrafung die sofortige Zurückziehung aus dem Personenzugdienst zur Folge haben werde, und die Kontrollbeamten werden angewiesen, das Verhalten der Zugbeamten den Ausländern gegenüber besonders scharf zu überwachen.

—* **Einkommensteuer vom Arbeitslohn.** Auf die Bekanntmachung des Finanzamts in der heutigen Ausgabe über die Sätze um die sich der Arbeitslohn (Bar- und Natural- oder Sachbezüge) einzubehaltende Betrag von 10 v. H. ermäßigt, sowie über die mit Wirkung vom 1. Januar 1923 neu festgesetzten Wert der Natural- und Sachbezüge bei der Berechnung der Einkommensteuer vom Arbeitslohn wird noch besonders hingewiesen.

× **Schalksmühle,** 9. Jan. Wie wir nachträglich erfahren, hat in der Nacht von Donnerstag zu Freitag wiederum eine Diebesbande das Manufakturwarengeschäft von G. Eichholz zu berauben versucht. Nur durch die Wachsamkeit einer Frau, die durch den Lärm aufmerksam wurde, wurden die Diebe gestört und konnten daher ihr Vorhaben nicht ausführen. Es handelt sich hier um 4 Personen, die die Eingangstür bereits an verschiedenen Stellen angebohrt hatten. Die benachrichtigte Polizei nahm sofort die Verfolgung auf, die aber leider erfolglos blieb. Wie es heißt, soll man den Tätern auf der Spur sein.

× **Brügge,** 9. Jan. Seit einiger Zeit treiben sich mehrere junge Burschen aus Elberfeld in hiesiger Gegend umher, gehen mit Säcken unter dem Arm von Haus zu Haus und wollen Lumpen kaufen. Am Mittwoch waren solche Tagediebe wieder eingetroffen und nahmen aus einem Hause Kinderwäsche, die zum Trocknen ausgehängt war, mit, rechtzeitig konnte diesen Uebeltätern mit Hilfe verschiedener Bahnbeamte die Wäsche wieder abgenommen werden. Den Familien diene dieser Fall zur Vorsicht.

× **Brügge,** 9. Jan. Den Landwirt B. aus Eicken wurden 6 Hühner im Werte von etwa 15 000 Mk. aus seinem Stalle gestohlen. Die Tiere sind an Ort und Stelle abgeschlachtet worden. Oberlandjäger Rodies aus Lüdenscheid, der mit seinem Hund gerufen wurde, konnte die Spur bis Grüne verfolgen.

* **Kierspe,** 6. Jan. Im Jahre 1922 wurden in hiesiger Gemeinde 78 Kinder getauft und zwar 36 männliche und 32 weibliche. Konfirmiert wurden 96 Kinder, 46 Knaben und 50 Mädchen. Getraut wurden 56 Paare. Am Abendmahl nahmen 750 Personen teil, 351 männliche und 399 weibliche, darunter befanden sich 21 Privatkommunionen. Gestorben sind 68 Personen und zwar 36 männliche und 32 weibliche.

+ **Kierspe,** 5. Jan. Der anfänglich in einer vom Amtmann in einer Interessentenversammlung vorgeschlagene Plan, zur Deutschen Notgemeinschaft durch Veranstaltung eines Massenkonzerts beizusteuern, ist von der von dieser Versammlung eingesetzten Kommission als undurchführbar aufgegeben worden. Die Kommission hat gewünscht, daß an alle maßgebenden Vereine und Verbände vom Amte herangetreten werden möchte, um den Erlös einer einzigen Arbeitsstunde in der Zeit vom 1. —15. Januar 1923 von allen Kopf- und Handarbeitern für die deutsche Notgemeinschaft zu opfern. Außerdem sollten die Gemeindevertretungen gebeten werden, von Kierspe und Rönsahl ihrerseits einen Beitrag zu leisten und es sollte der Kirche nahe gelegt werden, einen entsprechenden Opfersonntag in der Kirche abzuhalten. Das Amt hat sich dementsprechend an alle beteiligten Vereine, Verbände usw. gewandt und um ihre Aeußerung zur Sache ersucht. Die beiden Gemeindevertretungen haben inzwischen bereits je 10000 Mk. Beihilfe gespendet. (Weitere Nachricht folgt, sobald die Beteiligten sich geäußert haben.

Lüdenscheid, 5. Jan. Eine stark besuchte Versammlung der Lüdenscheider Hausbesitzer nahm nach einem Vortrage des Verbandsvorsitzenden der westfälischen Haus- und Grundbesitzervereine, Lünenschloß-Haspe, Stellung gegen den Entwurf zum Mieterschutzgesetz. Aufs schärfste wird protestiert gegen die im Regierungsentwurf enthaltenen Bestimmungen, nach denen der Mieter gegen den Willen des Hausbesitzers ein Stockwerkseigentum erwirbt, und die Mietverträge in Erbmietverträge umgewandelt werden sollen.

= **Kreuzberg,** 8. Jan. Bei dem Landwirt S. zu Worth ist in den letzten Nächten eingebrochen worden. Die Diebe hatten es auf die Räucherkammer abgesehen und müssen mit den Verhältnissen genau vertraut gewesen sein, welches daraus zu schließen ist, daß dieselben von der Giebelseite aus über den Heuboden eingestiegen sind. 2 Schinken, 1 Seite Speck und ein größerer Geldbetrag sollen den Dieben in die Hände gefallen sein. Des scharfen Hundes wegen, ist wohl der Einbruch vom Dache aus erfolgt.

Barmen, 4. Jan. Am vergangenen Samstag fiel ein 7jähriges Kind in der elterlichen Wohnung in der Schwarzbachstraße beim Spielen in ein mit heißer Lauge gefülltes Waschfaß. Die Brandwunden waren so schwer, daß das Kind starb.

Kirchberg, 6. Jan. Ein waghalsiger Diebstahl wurde an der hiesigen Kirche verübt. Diebe erkletterten in der Nacht den Kirchturm und entwendeten aus der Kirchturmspitze den Bleibeschlag im Gewicht von drei Zentnern. Die Täter konnten festgenommen werden.

Nah und Fern.

○ **Preußisch-Süddeutsche Klassenlotterie.** Die Ziehung der 1. Klasse der neuen Lotterie beginnt am 9. Januar. In dieser Lotterie werden in vier Klassen 300 000 Gewinne und 24 Prämien im Gesamtbetrage von 1 256 500 000 Mark ausgespielt.

○ **Hereingefallene Metallliebhaber.** Auf dem Minendepot Groden wurde Metall für 1½ Millionen Mark gestohlen. Die Polizei verhinderte aber den Abtransport und verhaftete drei Täter.

Nur ein Mädchen.

Eine einfache Erzählung aus dem Leben.

Von **B. von Winterfeld.**

(Nachdruck verboten.)

4)

Als Lina sich über ihn beugte und leise nach seinem Ergehen frug, flüsterte er mühsam: „Es geht schon besser, Linchen," aber ein tieftrauriger Blick traf sie bei diesen Worten aus den dunklen Augen, so daß sie nur mit Mühe die Tränen zurückhielt. Nach zwei Tagen stellte der Arzt eine schwere Lungenentzündung fest, und es folgte eine lange, bange Zeit ernster Sorge. Der Kranke lag meist bewußtlos. Seine Eltern waren bei der Nachricht seiner Erkrankung zu ihm geeilt, und die Baronin wich kaum von dem Lager des Sohnes. Täglich ritt oder fuhr der alte Graf mit seiner Tochter in die Stadt, und Lina riß sich jedes Mal nur mit blutendem Herzen aus der Krankenstube los. Während seines bewußtlosen Zustandes rief Heino fast beständig ihren Namen, und wenn sie gerade anwesend war, legte sie ihre kühle Hand auf seine fieberheiße Stirn. Dann beruhigte er sich. War sie fort, dann rief er oft in seinem Fieberwahn schmerzlich: „Ich darf es nicht, nein, ich darf es nicht!" Und rastlos warf er sich auf seinem Lager hin und her. Vergeblich mühte seine Mutter sich, den Sinn dieser Worte zu verstehen.

Es kamen Tage und Nächte, in denen die Aerzte das Schlimmste befürchteten. Da bat die Oberin, Lina möchte dableiben.

„Wenn Sie bei ihm sind, liebe Komtesse, wird er ruhiger, man sieht, es tut ihm wohl, Ihre Nähe zu spüren," erklärte sie.

„Ich bin seine Pflegeschwester, und er ist von Kind auf so an mich gewöhnt," erwiderte das junge Mädchen betrübt. Ihre Wangen waren während der letzten Wochen schmal geworden, und die Augen schienen größer und tiefer. Endlich besserte sich der Husten und ganz allmählich wurde aus dem Schwerkranken ein Genesender. Aber nur langsam wollten die geschwundenen Kräfte wiederkehren. Auch fehlte jede Freudigkeit, jedes Behagen, das sonst die Genesung von langer Krankheit zu begleiten pflegt. Ein tiefer Kummer schien die Seele des jungen Mannes zu erfüllen, der jetzt schon für einige Stunden am Tage das Bett mit einem bequemen Krankenstuhl vertauschen durfte. Die Mutter mußte sich oft abwenden, die verstohlene Träne zu verbergen, wenn sie auf die abgemagerte Gestalt blickte und den tieftraurigen Ausdruck in dem schmalen, weißen Gesicht sah, während er, in Gedanken versunken, mit müde zurückgelehntem Haupt, durch das Fenster auf die verschneite Welt sah. Niemand wußte ja, was während der langen Tage der Krankheit Heino zu bitterer, schmerzvoller Klarheit geworden: Er durfte an Lina nie mehr anders, als an eine Schwester denken, seine lichten Zukunftsträume waren für immer zerstört. Er, der kranke, leidende Mann, der er gewiß immer bleiben würde, durfte niemals daran denken, Linas junges, blühendes Leben an das seine zu binden.

Nur Gott wußte, wie sehr er mit sich gerungen, aber **sein Entschluß war unerschütterlich. Er mußte entsagen. Es war seine heilige Pflicht. Vor ihm lag so öde, grau und einsam die Zukunft, die ihm noch vor kurzem so glückverheißend, so sonnenhell geschienen. Wie sollte er es tragen! Da lernte er in diesen schweren Leidenswochen mehr und mehr seine Seele dem himmlischen Helfer zuwenden. Und allmählich wurde seine Seele stiller, wenn auch noch weit entfernt vom völligen Frieden, der überwunden hat.**

* * *

Mit Franz war eine Veränderung vorgegangen. Die frühere, unverwüstliche Heiterkeit war von ihm gewichen. Unermüdlich bemühte er sich, der Familie Waldenstein auf jede Weise hilfreich und gefällig zu sein während der schweren Krankheitswochen. Zum erstenmal fühlte er Mitleid mit dem Jugendgefährten, und wenn sein Blick auf die bleiche Leidensgestalt fiel, begriff er nicht, wie er nur an die Möglichkeit hatte denken können, in Heino einen Rivalen zu sehen. Die Baronin war dem jungen Offizier von Herzen dankbar, daß er seine dienstfreie Zeit zum größten Teil dem Genesenden widmete und immer neue Aufmerksamkeiten und Unterhaltungen für ihn ersann.

„Er ist ja Linas Bruder," sagte er sich, „und sie hat ihn so lieb wie einen solchen, da wird es sie freuen, wenn ich ihn zu zerstreuen suche, und ihm die Zeit verkürze."

„Franz Rohrbeck ist wirklich ein sehr guter Mensch," sagte Lina eines Tages zu ihrem Vater, als sie von einem Besuch bei Heino heimkehrte. „Es ist ein Trost, ihn jetzt so viel bei Heino zu wissen; für Tante ist es eine große Erleichterung. Sie ist von der langen Sorge jetzt oft so erschöpft."

„Ja," meinte der Vater, „mir gefällt Franz auch täglich besser, er hat sich recht vorteilhaft verändert."

* * *

So kam es, daß die drei jungen Leute viel zusammen waren. Die beiden Gesunden lasen dem Kranken häufig vor, oder sie spielten mit ihm Schach, Halma oder Salta, auch erzählte Lina von ihren Waldsteiner Schützlingen, die ja auch Heino alle kannte. Daß dieser immer sehr still blieb, schoben die beiden auf seine noch immer große Schwäche. Er sah unterdessen, wie sich das Einvernehmen seiner beiden Gesellschafter immer herzlicher gestaltete. Lina äußerte unverhohlen ihre Anerkennung für Franzens treue Teilnahme, und dieser hatte sich noch nie so glücklich gefühlt. Er genoß den Zauber ihrer Nähe, den zwanglosen Verkehr mit ihr, und das Glück machte ihn noch liebenswürdiger und erfinderischer im Ersinnen kleiner Ueberraschungen und Unterhaltungen für den Leidenden.

Die Aerzte waren indessen nicht zufrieden, Heinos Kräfte wollten durchaus nicht schnell wiederkehren; daher beschloß man eine Veränderung der Luft und Umgebung zu versuchen. Eines sonnigen Wintermittags siedelte man im geschlossenen Wagen nach Waldstein über. Heino war sehr erfreut darüber, und Lina zuliebe, deren besorgter Blick so oft auf ihm ruhte, suchte er seine Stimmung mehr zu beherrschen, und wirklich gelang es ihm, seine Umgebung durch eine erzwungene Heiterkeit zu täuschen. Es war beschlossen, daß er nach Weihnachten mit seinen Eltern an die Riviera gehen sollte, den Winter im wärmeren Klima zu verbringen. Man hatte sich ganz daran gewöhnt, Franz fast täglich in Waldstein zu sehen. Heinos Eltern waren heimgekehrt, um vor der langen Abwesenheit im Süden noch alle nötigen Anordnungen zu treffen.

„Linchen," sagte Heino eines Tages, als sie mit einer Handarbeit neben seinem Sessel saß, „ich mag gar nicht an unsere baldige Abreise denken; ich dachte nach Genf zu kommen, hoffte fleißig zu studieren, und nun heißt es faulenzen! Du weißt gar nicht, wie satt ich das habe!"

„O, ich verstehe dich so gut!" rief sie, „aber ich finde, du brauchst nicht zu faulenzen. Wenn du auch so bald nicht zu den Füßen eines Professors sitzen kannst, so kannst du doch vieles lesen und noch viel mehr sehen! Bedenke doch, wie vieles Schöne die Natur dort unten bieten muß, wie interessant das fremde Volk für dich sein wird! Und wenn man bedenkt, daß man in allem, allem, das einen umgibt, Gottes Spur verfolgen kann!"

(Fortsetzung folgt.)

Landwirtschaftliches.

Produktionssteigerung.

Von Dr. Gustav Roesicke, Vorsitzendem des Reichs-Landbundes, M. d. R. u. d. R. W. R.

Vom rein wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus betrachtet ist es die Arbeit, die uns helfen muß, und zwar die Mehrarbeit auf allen Gebieten, in der Industrie, im Gewerbe, in den freien Berufen, im Handel, in der Landwirtschaft. Sie soll uns eine Mehrproduktion bringen, die uns unabhängig macht vom Ausland und uns hilft, aus dem wirtschaftlichen und finanziellen Sumpf, in dem wir leben, herauszukommen. Das Verständnis ist heute größer dafür geworden, daß in erster Linie hierfür die Urproduktion in Frage kommt, d. h. alles das, was aus dem Boden Deutschlands heraus gewonnen wird, die Kohlen, Erze, die Erden und Gesteine, vor allem aber das, was uns im lebendigen Wachstum die Erde bietet durch die Arbeit der Landwirtschaft. Die Erzeugung der Landwirtschaft so zu fördern, daß wir die nötigsten Bedürfnisse des deutschen Volkes an Nahrungsmitteln hiermit zu decken vermögen, das ist die wichtigste und bedeutendste Aufgabe.

Zunächst sollte man durch Aufklärung besseres Verständnis zu bringen bestrebt sein. Solche Aufklärung müßte aber in erster Linie von der Regierung ausgehen, die hierin bisher völlig versagt hat. Die Aufklärung, daß die Förderung eintreten muß, daß wir bereits in dieser Arbeit sind, daß sie Aussicht bietet, Erfolg zu haben, kann die Städter mit darüber beruhigen, daß die Nahrungsmittelverhältnisse in Deutschland im Laufe der Zeit besser werden. Diese Erkenntnis würde dann vielleicht den bedauerlichen Irrtum zurückdrängen, daß der Landwirt mit dem Verlangen nach Preisen, die ihm trotz der unsicheren Zukunft die Aufrechterhaltung des intensivsten Betriebes ermöglichen, Wucher zu treiben gedenkt.

Wenn man sich fragt: „Was müßte auf dem inneren wirtschaftlichen Gebiete in erster Linie geschehen, um Deutschlands Lage zu bessern und seine Zukunft zu sichern?“ so würde die Antwort dahin lauten müssen: Beseitigung aller Hindernisse zur Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung. Hierher gehört vor allem Beseitigung jeder behördlichen Zwangswirtschaft und neben Förderung des Brotgetreide- und Hackfruchtbaues in erster Linie Förderung des Futtermittelbaues. Der Futtermittelbau ist aus falscher wirtschaftspolitischer Beurteilung innerhalb zweier Jahrzehnte vor dem Kriege in Deutschland mehr und mehr verkümmert worden. Das hat die deutsche Viehzucht auf den ausländischen Futtermittelbau basiert und hat die Schmälerung unserer Ernährung herbeigeführt, die wir im Kriege erleben mußten. Heute heißt es, die Einfuhr nicht bloß des Brotgetreides und der Hackfrüchte nach Deutschland unnötig zu machen, sondern vor allen Dingen auch die Einfuhr der Futtermittel, die sowieso während des Krieges und jetzt so gut wie aufgehört hat. Auch das allein wird aber zum vollen Aufschwung Deutschlands nicht genügen. Es bedarf der Erkenntnis der Unmöglichkeit, die Forderungen der Feinde zu erfüllen, und der Entschlossenheit, diese Erkenntnis durch Ablehnung der Forderungen in die Tat umzusetzen.

Die Sicherung des vollen Erfolges aber dieses Tuns liegt endlich auf dem idealen und ethischen Gebiet. Denn wenn auch die Belastungen, die der Feind Deutschland auferlegt hat, von uns genommen werden, so würde unser Vaterland dann erst wieder aus seinem Elend herauskommen können, wenn die Bevölkerung in allen ihren Schichten die Überzeugung gewönne, daß sie selbst mithelfen muß, dieses Ziel zu erreichen. Sie müßte als das Bedeutendste und Wichtigste erkennen, die Ichsucht zurückzudrängen und das eigene Können — das Denken, die Arbeit, das Geld — für das Vaterland einzusetzen. Sie müßte aber auch zugleich den Willen haben, nach dieser Erkenntnis zu handeln und die Kraft es zu tun. Nur so kann auch die Finanzmisere in Deutschland beseitigt werden.

Zur Besteuerung der Baunotversicherung

Die Verordnung des Reichsfinanzministers über die Besteuerung der Baunotversicherungen vom 4. November 1922 hat nach Mitteilung des Reichs-Landbunds folgenden Wortlaut:

Auf Grund der §§ 4 und 10 des Versicherungssteuergesetzes vom 8. April 1922 (Reichsgesetzbl. I S. 400) wird folgendes bestimmt:

§ 1. Bei der Baunotversicherung einschließlich der Stammversicherung ist als zu versteuernde Versicherungssumme bis auf weiteres anzusetzen

a) bei Versicherungen mit bestimmter Versicherungssumme ein Drittel der Gesamtversicherungssumme (Stamm- und Baunotversicherung), mindestens aber das Fünfzehnfache der Versicherungssumme von 1914.

Beträgt die Gesamtversicherungssumme weniger als das genannte Fünfzehnfache, so ist die Gesamtversicherungssumme zu versteuern;

b) bei Versicherungen mit unbestimmter Versicherungssumme das Fünfundzwanzigfache der Versicherungssumme von 1914, mindestens aber das durch die Stammversicherung gedeckte Vielfache der Versicherungssumme von 1914.

§ 2. Wird einer Versicherung nicht die Versicherungssumme von 1914, sondern der höhere Bauwert von 1914 zugrundegelegt, so ist § 1 entsprechend anzuwenden.

§ 3. Werden Stamm- und Baunotversicherung bei verschiedenen Versicherern genommen, so ist in der Steueraufstellung über die Baunotversicherung ersichtlich zu machen, von wem und zum Wievielfachen die Stammversicherung versteuert ist.

§ 4. Die Verordnung gilt für die Zahlungen von Versicherungsentgelten, die sich auf einen nach dem 31. Dezember 1922 beginnenden Zeitraum beziehen.

Einigkeit tut not.

In der Sitzung des Reichstages vom 15. Dezember 1922 hatte der Abg. Dr. Heim gegen den Bund der Landwirte in Bayern allerlei Angriffe gerichtet. Man wird dem Abg. Hepp, dem Vorsitzenden des Reichs-Landbundes, darin zu folgen haben, daß die in einzelnen Landesstellen zwischen den landwirtschaftlichen Organisationen vielleicht auftauchenden Reibereien nicht von der Tribüne des Reichstages aus gleichsam noch unterstrichen werden sollten. Abg. Hepp hat im Reichstage ausgeführt:

„Ich kann es nicht verstehen, daß von einer bürgerlichen Seite aus, und zwar aus dem Munde des Herrn Kollegen Dr. Heim, der sich ja im übrigen auf den Standpunkt stellt, daß es gerade heute eine Notwendigkeit ist, eine Einheitsfront der gesamten Landwirtschaft zu schaffen, so außerordentlich heftige Angriffe gegen eine landwirtschaftliche Organisation gerichtet werden. Man sollte sich hüten, Organisationsstreitigkeiten, wie wir sie vielleicht draußen im Lande zwischen den einzelnen Organisationen haben, hier im Plenum des Reichstages auszutragen. Damit tut man der Geschlossenheit der Landwirtschaft — das ist ja schließlich auch das Ziel des Herrn Kollegen Heim — nicht im geringsten irgend einen Gefallen. Im Gegenteil, man erschüttert nur die Einheitsfront, die wir heute in der Landwirtschaft bis zu einem gewissen Grade haben, und eröffnet damit den Gegnern der Landwirtschaft, die ja heute noch in reichem Maße vorhanden sind, nur die Reihen.“

Turnen, Spiel und Sport.

)(**Halver**, 8. Januar.

Die I. Mannschaft des Spiel- und Sportvereins Halver 1911 hatte am vergangenen Sonntag die I. Mannschaft des Sportvereins Herdecke zu einem Freundschaftsspiel zu sich geladen. Das Spiel nahm für die hiesige Mannschaft keinen guten Verlauf, denn sie mußte ihren Gästen mit 2 : 0 unterliegen.

Berlin, 8. Jan. **An der heutigen Frühbörse notierte der Dollar 9400.**

Der Bezugspreis dieser Zeitung beträgt für den Monat Januar 450,— Mk. ohne Bestellgeld. — Im Falle von Betriebsstörungen, Streik, Aussperrung usw. können Bezieher und Inserenten keine Ersatzansprüche geltend machen.

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halver i. Westf.

Richtlinien für die Vornahme des Steuerabzuges ab 1. Januar 1923.

1. Die Sätze, um die sich der vom Arbeitslohn (Bar- und Natural- oder Sachbezüge) einzubehaltende Betrag von 10. v. H. des Arbeitslohnes ermäßigt, betragen vom 1. Januar 1923 ab bei jeder nach dem 31. Dezember 1922 erfolgenden Zahlung von nach dem 31. Dezember 1922 fällig gewordenen Arbeitslohn:

a) **für den Arbeitnehmer selbst und für die zu seiner Haushaltung zählende Ehefrau**
monatlich je 200 — Mk. statt bisher je 40.— Mk.
wöchentlich je 48 — Mk. statt bisher je 9,60 Mk.
täglich je 8 — Mk. statt bisher je 1,60 Mk.
zweistündlich je 2 — Mk. statt bisher je 0,40 Mk.

b) **Für jedes zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählende, minderjährige Kind**
monatlich 1000.— Mk. statt bisher 80 — Mk.
wöchentlich 240 — Mk. statt bisher 19,20 Mk.
täglich 40.— Mk. statt bisher 3,20 Mk.
zweistündlich 10.— Mk. statt bisher 0,80 Mk.

Kinder im Alter von mehr als 17 Jahren, die Arbeitseinkommen beziehen, werden nicht berücksichtigt.

c) Zur Abgeltung der nach § 13 Abs. 1 Nr. 1 bis 7 Eink. St. Ges. zulässigen Abzüge (Werbungskostenpauschsatz) monatlich 1000.— Mk. statt bisher 90.— Mk.
wöchentlich 240 — Mk. statt bisher 21,60 Mk.
täglich 40.— Mk. statt bisher 3,60 Mk.
zweistündlich 10 — Mk. statt bisher 0,90 Mk.

d) Soweit mittellose Angehörige zur Berücksichtigung beim Steuerabzuge zugelassen sind, treten an die Stelle der auf dem Steuerbuche vermerkten Sätze die Sätze von b vorstehend.

Wird der Arbeitslohn nicht für eine bestimmte Arbeitszeit gezahlt, so tritt an die Stelle der vorstehenden Ermäßigungen eine feste Ermäßigung von 6 v. H. des Arbeitslohnes.

In Abänderung der Bekanntmachung vom 30. Juni 1922 hat das Landesfinanzamt Münster i. W. den Wert der Natural- und Sachbezüge bei der Berechnung der Steuer vom Arbeitslohn ab 1. Januar 1923 wie folgt anderweitig festgesetzt:

1. für männliche Angestellte einschl. der Ackerknechte auf 300.— Mk. für den Tag, 9000 — Mk. für den Monat, 108 000.— Mk. für das Jahr,
2. für weibliche Angestellte auf 260.— Mk. für den Tag, 7800 — Mk. für den Monat, 93 600 — Mk. für das Jahr,
3. für Lehrlinge, Lehrmädchen, weibliche Dienstboten, Hausnäherinnen, Aufwärterinnen und Waschfrauen auf 220.— Mk. für den Tag, 6600 — Mk. für den Monat, 79 200.— Mk. für das Jahr.

Hiervon entfallen:
a) für freie Wohnung $^1/_8$,
b) für das erste und zweite Frühstück $^1/_8$,
c) für das Mittagessen $^3/_8$,
d) für Nachmittagskaffee $^1/_8$,
e) für das Abendessen $^2/_8$.

Diese Wertfestsetzung gilt für unverheiratete Lohnempfänger. Falls mehrere Familienmitglieder gemeinschaftlich Naturalbezüge genießen, setzt bei Meinungsverschiedenheiten das Finanzamt die Werte fest.

Lüdenscheid, den 6. Januar 1923.

Finanzamt:
Freitag, Regierungsrat.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange unserer lieben Entschlafenen sagen wir allen Verwandten, Nachbarn und Bekannten, insbesondere Herrn Pastor Radecke für seine trostreichen Worte am Grabe innigsten Dank.

Familie Huppert.

In unser Handelsregister Abt. A ist zu der unter Nr 101 vermerkten Firma **Albert Kleine zu Kierspe-Bhf.** am 5. Januar 1923 eingetragen, daß dem Kaufmann **Erich Sieper zu Kierspe-Bhf** Prokura erteilt ist.

Das Amtsgericht Meinerzhagen.



Bindfaden

in vorzügl. reißfester Qualität liefert zu vorteilhaften Preisen an den Großhandel und die metallverarbeitende Industrie

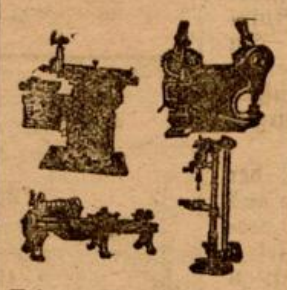
August Liese,
HAGEN i. W.
Papier- u. Packmaterialien-Großh.
= Fernsprecher Nr. 3948. =

Walter Schulte,
G. m. b. H. **HAGEN i. W.** G. m. b. H.
-- Fernruf 3173. --
Treibriemen-Fabrik. 2009
Kernleder-Treibriemen für jede Betriebsart. Riemenreparaturen
Baumwoll-, Kamelhaar- u. Balat-Treibriemen
Transportgurte und Förderband : Näh- und Binderiemen : Rund- und Kordel-Schnur
Handleder u. alle technischen Lederwaren.

Korbwaren
offene Marktkörbchen, Nähkörbchen, Zeitungsmappen, Papierkörbe
empfiehlt in großer Auswahl
Wilh. Bell jr., Halver.



Ungeheuer
ist der Erfolg von Schuhputz
Nigrin - Extra,
welcher die Welt im Fluge erobert hat.

2145 — Gegr. 1857 —

Großes Lager neuer und gebrauchter
Werkzeugmaschinen.
Maschinenfabrik
Alfred Natorp,
Inh.:
Adolf Klinke, Haspe i. W.
Telegr.: Maschinennatorp.

Geschäftsbogen
Mitteilungen
Postkarten
Allgemeiner Anzeiger
Buchdruckerei
Halver i. W. Fernruf 42

Elektrische Licht- und Kraftanlagen
für Industrie und Landwirtschaft.
Glühlampen, Installationsmaterial.
Elektrizitäts-Gesellschaft
Geisler & Schuller,
HAGEN i. W., Elberfelderstr. 41.
— Telefon 2314. — 2152

(Staatsmedaille gold. Ausstellungspreise)
Pianos
Flügel - Harmoniums
Verkauf an Private.
Roth & Junius
Hof-Piano- und Flügelfabrik
Hagen i. W.
Bahnhofstraße 29.
Filiale: Berlin
Hardenbergstr. 14.
NB. Eintausch und Ankauf von gebrauchten Instrumenten Stimmungen und Reparaturen.

Mehrere tüchtige
Werkzeugschlosser
für sofort gesucht.
Gebr. Jaeger,
Schalksmühle i. W.

Ein fast neues nußb.
Vertikov und Schreibpult
ist preiswert zu verkaufen.
Wo sagt die Geschäftsstelle des „Allgemeinen Anzeigers“, Halver.

Bezugs und Absatz-Genossenschaft Anschleg.

Bestellungen auf sämtliche
Klee- und Grassämereien,
sowie
Petkuser Gelbhafer Samenweizen und -Gerste
sind bis spätestens den 18. ds. Mts. einzureichen. Ebenso wird gebeten genaue Angaben zu machen, welche
Düngemittel
noch gewünscht werden.

Erhalte in den nächsten Tagen noch einige Waggon
Thomasmehl und Kainit.
Ferner erhalte im Februar einen Wagen
Saathafer
(Petkuser Gelbhafer).
Bestellungen nehme entgegen.
Albert Herdepe, Halver
Telefon 40.

Preislisten, Kataloge
für die Kleineisenindustrie werden als Spezialität schnell u. preiswert angefertigt. Stelle hierzu aus meinem großen Vorrat Clichés kostenlos zur Verfügung.
Wilh. Bell jr., Halver i.